

# DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

Dezember 2013 N° 13

## Regionale Kooperation im Maghreb: Nach wie vor eine Fata Morgana

Die Umbrüche in Nordafrika 2011 vertiefen die  
Unterschiede bei der Orientierung von Staat und Region

von Sigrid Faath



## Zusammenfassung/Summary

Sigrid Faath

# Regionale Kooperation im Maghreb: Nach wie vor eine Fata Morgana

## Die Umbrüche in Nordafrika 2011 vertiefen die Unterschiede bei der Orientierung von Staat und Region

Die Maghreb-Union ist eine Idee, die seit den 1950er Jahren als erstrebenswertes Ziel gilt. 1989 schien ein entscheidender Schritt getan, als sich die fünf Maghreb-Staaten Algerien, Marokko, Mauretanien, Libyen und Tunesien in der Arabischen Maghreb-Union (AMU) zusammenschlossen. Politische Differenzen zwischen den Maghreb-Staaten, insbesondere zwischen Algerien und Marokko, sowie innen- und außenpolitische Probleme einzelner AMU-Mitgliedsstaaten führten 1994 zu einer Blockade der AMU.

Die Regimewechsel in Tunesien und Libyen 2011 stimulierten zwar seit 2012 Treffen auf Ministeriebene, die politische Blockade der AMU wurde jedoch nicht gelöst. Die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Probleme, eine Folge der politischen Entwicklungen nach 2011, begünstigten stattdessen eine nationale Rückbesinnung und Abschottung. Die anhaltende institutionelle Instabilität und der Aufschwung der Islamisten in Tunesien und Libyen wirken sich zudem kontraproduktiv auf die AMU aus. Regionale Kooperation wird ein Wunschbild bleiben, wenn sich die Vorstellungen von Staat und Gesellschaft und von der Rolle der Religion im Staat in den einzelnen Maghreb-Staaten weiter auseinander entwickeln.

# Regional Cooperation in the Maghreb: Still a Mirage

## The upheavals in North Africa of 2011 are deepening the differences among states and impeding regional cooperation

The idea of a Maghreb Union has been considered a worthy goal since the 1950s. In 1989 a decisive step seemed to have been taken, as the five states of the Maghreb—Algeria, Morocco, Mauritania, Libya, and Tunisia—came together to form the Arab Maghreb Union (AMU). However, political differences among the states, and Algeria and Morocco in particular, combined with domestic political difficulties and foreign policy differences among individual AMU member states, led to a freeze of AMU activities in 1994.

Although the regime changes of 2011 in Tunisia and Libya did indeed stimulate meetings at the ministerial level in 2012, the political blockade of the AMU has yet to be lifted. Security issues and economic problems, the results of political developments in the wake of 2011, are encouraging a return to national compartmentalization instead of reviving the idea of a union. Ongoing institutional instability and the rise of Islamism in Tunisia and Libya are also making a negative contribution to the AMU. As long as attitudes about the state and society and ideas about the role of religion in state affairs continue to move further apart from one another within the individual Maghreb states, the idea of regional cooperation will remain but wishful thinking.

## Inhalt

Wunschziel regionale Kooperation .....	3
Maghreb-Kooperation in der Warteschleife .....	4
Vorgeschichte .....	4
Begünstigende Entwicklungen und erfüllte Vorbedingungen .....	5
AMU-Gründung 1989, Blockade seit 1994 .....	6
Kooperationsverhalten 1989–2010 .....	7
Grundsätzliche Kooperationsbereitschaft .....	8
Kurzlebigkeit des intensiven Engagements .....	8
Maghreb-Kooperation seit 2011: Scheinbar bessere Voraussetzungen .....	9
Alte und neue Hindernisse für regionale Kooperation .....	11
Sicherheitsprobleme .....	12
Die algerisch-marokkanischen Beziehungen .....	12
Islamistischer Aufschwung und institutionelle Instabilität .....	13
Fehlender politischer Wille .....	14
Unterschiedliche Flexibilität der Staatsführungen und Systeme .....	15
Perspektiven .....	15
Anmerkungen .....	20

# Regionale Kooperation im Maghreb: Nach wie vor eine Fata Morgana

## Die Umbrüche in Nordafrika 2011 vertiefen die Unterschiede bei der Orientierung von Staat und Region

von Sigrid Faath

### Wunschziel regionale Kooperation

Das Thema der regionalen Kooperation der Maghreb-Staaten Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien ist nach den Machtwechseln in Tunesien und Libyen 2011 im ersten Halbjahr 2012 von tunesischer Seite wiederbelebt worden. Die folgenden Diskussionen über die Vorteile einer engen regionalen Kooperation der Maghreb-Staaten vor allem im wirtschaftlichen Bereich waren zweifellos intensiv. Sie waren aber nicht mit nennenswerten Schritten verbunden, um auf politischer Ebene die seit 1994 bestehende Blockade der Regionalorganisation Arabische Maghreb-Union (AMU)<sup>1</sup> zu lösen. Die 1989 gegründete AMU wurde somit bislang nicht aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt.

Dennoch ist das Thema regionale Kooperation sowohl in den Maghreb-Staaten als auch bei ihren europäischen Kooperationspartnern und in der Europäischen Kommission stets präsent. Diesseits und jenseits des Mittelmeeres wird in Medienbeiträgen und in Politikerreden zu den Sicherheits- und Wirtschaftsproblemen die Kooperation der Maghreb-Staaten untereinander als dringlich eingestuft. Nicht zuletzt wegen der grenzüberschreitenden Dimension der Sicherheitsprobleme, die sich seit den Machtwechseln in Tunesien, Ägypten und insbesondere nach dem Zusammenbruch der kompletten libyschen Sicherheitsarchitektur 2011 insgesamt in Nordafrika und in den angrenzenden Sahel-Staaten verschärft haben. Im September 2013 wies der britische Sonderbeauftragte für den Sahel,

Stephen O'Brien, bei seinem Besuch in Libyen auf die Verbindung zwischen der Stabilisierung Libyens und regionaler Kooperation<sup>2</sup> hin. O'Brien plädierte damit indirekt – einmal mehr – auch für eine maghrebische Kooperation und eine maghrebisch-sahelische Koordinierung von stabilitätsfördernden Maßnahmen.

Die Meinungen klaffen allerdings weit auseinander, wenn es um die aktuellen Möglichkeiten geht, die regionale Kooperation voranzubringen. Während viele maghrebische Privatunternehmer dazu drängen und sich auch durchaus einig sind, dass eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Maghreb-Staaten von Vorteil wäre, halten dennoch einzelne Unternehmer wie der Präsident des algerischen Forum des Chefs d'Entreprises (FCE), Réda Hamiani, die wirtschaftliche Annäherung der Maghreb-Staaten für einen »frommen Wunsch«, weil es keine wirtschaftliche Solidarität zwischen den Staaten gebe.<sup>3</sup>

Ein Kommentator der in London erscheinenden arabischsprachigen Zeitung Al-Hayat meinte im September 2013, wenn die Maghreb-Staaten selbst durch virulente Sicherheits Herausforderungen nicht dazu gebracht werden, sich zu koordinieren, dann könne sie wahrscheinlich nichts zur Harmonisierung ihrer Politik bewegen.<sup>4</sup> Bekräftigungen der Europäischen Kommission, die maghrebischen Kooperations- und Integrationsbemühungen unterstützen zu wollen,<sup>5</sup> sind gut gemeint, die Blockade konnten sie bislang nicht aufbrechen.

Gibt es für die anhaltende Blockade »alte« oder »neue« oder gar »alte und neue« Gründe? Warum die regionale Kooperation keine Fortschritte macht, obwohl es viele Stimmen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Maghreb-Staaten gibt, die sich zugunsten der AMU aussprechen und die positiven Argumente jeweils überwiegen, versucht die folgende Analyse zumindest ansatzweise zu entschlüsseln.

Die Analyse basiert auf zahlreichen Gesprächen mit politischen und zivilgesellschaftlichen Vertretern der Maghreb-Staaten im Zeitraum November/Dezember 2012, Juni/Juli 2013 und September 2013. In dem Beitrag werden vor allem die Wahrnehmungen und Positionen zentraler politischer Akteure in den Mittelpunkt gestellt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Entscheidungen über regionale Kooperation wie alle Fragen, die den außen- und sicherheitspolitischen Bereich tangieren, auf höchster politischer Ebene getroffen werden und somit die Wahrnehmungen, Positionen und Interessendefinitionen dieser Akteure ausschlaggebend für den außenpolitischen Kurs sind.

## Maghreb-Kooperation in der Warteschleife

Im folgenden Abschnitt werden einige außenpolitische Verhaltensweisen hervorgehoben, die bis Ende 2010 den Umgang der Staaten miteinander beeinflussten. Es handelt sich um Verhaltensweisen, die sich wiederholten und in diesem Sinne ein »typisches« Muster ergaben, so dass nicht auszuschließen ist, dass sie auch künftig das Kooperationsverhalten beeinflussen, wenn nicht gar bestimmen werden.

### Vorgeschichte

Die AMU knüpft an eine Idee aus der Zeit des antikolonialen Kampfes an, die 1958 auf der Konferenz von Tanger formuliert worden war. Die großen nationalistischen, im Befreiungskampf gegen Frankreich engagierten Parteien der 1956 unabhängig gewordenen Staaten Marokko (Istiqlal-Partei) und Tunesien (Neo-Dustur-Partei) sowie des sich

noch im Kampf befindlichen Algerien (Nationale Befreiungsfront/FLN) forderten in Tanger einen föderativen Zusammenschluss, um gemeinsam die postkolonialen Probleme zu lösen.

Die Maghreb-Staaten konnten sich trotz des Erringens ihrer Unabhängigkeit der Blocklogik des Kalten Krieges nicht entziehen. Sie bestimmte das außenpolitische Verhalten der Maghreb-Staaten, die sich in unterschiedlichen Lagern wiederfanden. Die Verschiedenheit ihrer politischen Systeme und ihre nicht miteinander vereinbare politisch-ideologische Referenzrahmen taten ein Übriges, um die Forderungen der Konferenz von Tanger in den Hintergrund zu drängen.

Algerien baute nach der Unabhängigkeit 1962 einen sozialistischen Einparteiestaat mit dominanter Rolle des Militärs und engen Beziehungen zum »sozialistischen Lager« auf. Marokko, das mit der Unabhängigkeit 1956 zum Königreich wurde, dessen König ein Mehrparteiensystem verfassungsmäßig verankerte, aber weiterhin die entscheidende politische Kraft war und »herrschte und regierte«, bekämpfte intern eine erstarkende linke Bewegung. In der Republik Tunesien regierte die staatstragende Partei ab 1963 praktisch wie eine Einheitspartei. Auch in Tunesien ging die Staatsführung gegen die Vertreter kommunistischer und sozialistischer Ideen vor. Marokko und Tunesien versuchten zwar außenpolitisch weitgehend »neutral« zwischen den Blöcken zu navigieren, waren jedoch letztendlich Teil des westlichen Blocks.

Der militärische Staatsstreich in Libyen 1969 und der Aufbau eines »revolutionären« Libyen unter Muammer el-Gaddafi, der wiederum in- und außerhalb des Maghreb versuchte, »Unionspläne« anzulegen, führte zwar kurzfristig zu einzelnen bilateralen Bündnisvereinbarungen zwischen Libyen und einem weiteren Maghrebstaat, sie waren jedoch stets nur von sehr kurzer Dauer: Die libysch-tunesischen Unionspläne vom Januar 1974 wurden kurz darauf von Tunesien wieder fallengelassen. Die Arabisch-Afrikanische Föderation zwischen Libyen und Marokko hielt nur von 1984 bis 1986. Sie war eine Reaktion des marokkanischen Königs auf das 1983 geschlossene Bruderschafts- und Freundschaftsabkommen zwischen Algerien, Tunesien

und Mauretanien und sollte Algeriens Position im Maghreb schwächen.

Marokko und Algerien unterhielten seit 1976 keine diplomatischen Beziehungen mehr. Der marokkanische Anspruch auf die Westsahara, die Besetzung des von Spanien geräumten Gebiets 1976 durch Marokko und die folgende bewaffnete Auseinandersetzung mit der von Algerien in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit der Westsahara unterstützten Polisario, die im selben Jahr noch ihren eigenen Staat, die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS), ausrief, war Ursache für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Marokko und Algerien.

Eine maghrebische Annäherung, geschweige denn eine Kooperation auf föderativer Basis wie 1958 auf der Konferenz von Tanger diskutiert, war unter diesen Voraussetzungen nicht möglich.

### Begünstigende Entwicklungen und erfüllte Vorbedingungen

Die erhöhte Kooperationsbereitschaft der fünf Maghreb-Staaten Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien, die 1989 zur Gründung der AMU führte, wurde durch mehrere Entwicklungen in der Region und in den einzelnen Maghreb-Staaten begünstigt. Entscheidend war jedoch, dass Algerien und Marokko sich bereit zeigten, ihre bilateralen Beziehungen zu verbessern.

Die innenpolitischen Gründe, die eine Annäherung vorantrieben, waren in erster Linie ökonomischer Art. Die Maghreb-Staaten waren zu einer Neuorientierung ihrer Wirtschaftspolitiken gezwungen; Maßnahmen zur Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft sowie zur Restrukturierung des Staatssektors mussten ergriffen werden. Die Erdölstaaten Algerien und Libyen waren vom Preisverfall für Erdöl auf dem Weltmarkt betroffen und hatten seit Mitte der 1980er Jahre drastische Einnahmerückgänge zu verzeichnen; vor allem in Algerien verschärfte sich dadurch die sozialen Spannungen. Nach der »Islamischen Revolution« in Iran von 1979 erstarkte zudem in den 1980er Jahren in allen Maghreb-Staaten die islamistische Opposition. Inspiriert vom iranischen Erfolg versuchte die is-

lamistische Bewegung in den Maghreb-Staaten die Bevölkerung gegen die Staatsführung in ihren Ländern zu mobilisieren. Vereinzelt wurden bewaffnete islamistische Gruppen aktiv.

Vier außenpolitische Ereignisse unterstützten die Annäherung der maghrebischen Staatsführungen. Das war zum einen der israelische Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis im Oktober 1985 und zum anderen die US-amerikanische Bombardierung von Tripolis und Benghazi im April 1986. In Algerien verstärkten diese Ereignisse die Angst vor ausländischer Einmischung in der Region. Der maghrebische Schulterschluss wurde als notwendig erachtet, um sich davor zu schützen. Die libysche Staatsführung war durch den Luftangriff soweit erschüttert, dass sie zu einer gemäßigeren Politik gegenüber den Nachbarstaaten bereit war. Das dritte Ereignis, das insbesondere Marokko und Tunesien zu Befürwortern der Maghreb-Kooperation werden ließ, war der Beitritt Spaniens und Portugals 1986 zur Europäischen Gemeinschaft und das vierte der für 1993 geplante Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft. Beide Staaten befürchteten von diesen Entwicklungen negative Effekte für die eigenen Volkswirtschaften.

Zu den zentralen Vorbedingungen für die Gründung der AMU zählt neben der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Algeriens mit Mauretanien im August 1979 und mit Marokko 1988 die algerische wirtschaftliche Öffnungspolitik seit Mitte der 1980er Jahre. Die Auswirkungen der sowjetischen Perestrojka und der Entspannung im Ost-West-Konflikt begünstigten in Algerien eine Entideologisierung und einen pragmatischeren Politikansatz. Der Export des eigenen (sozialistischen) Modells stand in Algerien nicht mehr zur Debatte. Algerien engagierte sich in der Konfliktvermittlung<sup>6</sup> und war zu einer Annäherung an Marokko bereit.

Das vom saudischen König vermittelte erste Treffen zwischen dem algerischen Präsidenten Chadli Bendjedid und dem marokkanischen König Hassan II. fand am 4. Mai 1987 statt. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgte 1988. Im Anschluss an die außerordentliche Sitzung der Arabischen Liga am 10. Juni 1988 in Algerien kam es zu einem ersten Treffen der fünf Staatsoberhäupter der

Maghreb-Staaten. Auf diesem Gipfeltreffen wurde die Gründung einer Kommission zur Vorbereitung der formalen Gründung der AMU vereinbart.

### AMU-Gründung 1989, Blockade seit 1994

Am 17. Februar 1989 wurde auf der zweiten Gipfelkonferenz der Staatschefs in Marrakesch offiziell die AMU begründet und der 19 Artikel umfassende Gründungsvertrag unterzeichnet, der von den einzelnen Ländern bis Ende März 1989 ratifiziert wurde. Artikel 2 nennt als Ziele der AMU »die Festigung der brüderlichen Beziehungen, die die Mitgliedstaaten und ihre Völker vereinen, die Verwirklichung von Fortschritt und Wohlergehen für ihre Gemeinschaften und die Verteidigung der Rechte, die Bewahrung eines auf Gerechtigkeit und Gleichbehandlung beruhenden Friedens, die Definition einer gemeinsamen Politik auf verschiedenen Gebieten, die allmähliche Herstellung der Freizügigkeit für Personen sowie bei Transfers von Gütern, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Mitgliedstaaten.«<sup>7</sup>

Kurz nach der Gründung der AMU erfolgte die Ernennung der Sekretäre des AMU-Sekretariats, der Staatssekretäre für Maghreb-Angelegenheiten in den Landesregierungen, sowie pro Land die Ernennung von zehn Abgeordneten der nationalen Volksvertretungen für den AMU-Konsultativrat. Es schlossen sich 1989 zahlreiche Sitzungen u. a. zur Regelung der Durchführungsbestimmungen und der Finanzierung an. Im Oktober 1989 wurden vier Fachkommissionen gebildet, die den identifizierten zentralen Problembereichen der Wirtschaft entsprechen: Wirtschaft und Finanzen, menschliche Ressourcen, Nahrungsmittelversorgung und Basisinfrastruktur. Die sektorale Dynamik und die Gründung neuer Organisationen wie u. a. die Gründungen der maghrebischen Union der Landwirte oder der Union der Ingenieure gingen zügig voran.<sup>8</sup> Vor allem die ersten zwei Jahre strahlten – im Rückblick betrachtet – großen politischen Optimismus aus.

Das 6. ordentliche Gipfeltreffen der Staatschefs in Tunis Anfang April 1994 ist seither das letzte geblieben. Ohne Gipfeltreffen ist jedoch die AMU blockiert, weil laut AMU-Vertrag der Rat der Staatschef das zentrale beschlussfassende Organ

ist. Der Hauptgrund für die 1994 einsetzende Blockade liegt zweifellos in der neuerlichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Marokko und Algerien, wobei zwei Ereignisse nachhaltig bis in die Gegenwart wirken:

- Zum einen wurde das zur Lösung des Westsahara-Konflikts in der UN-Sicherheitsratsresolution 690 von 1991 vorgesehene Referendum, in dem die sahrauische Bevölkerung ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ausüben sollte, auch 1994 nicht durchgeführt. Verantwortlich hierfür waren u. a. Streitigkeiten über die Abstimmungsberechtigten und die marokkanischen Maßnahmen, um die Wahlberechtigten selbst zu bestimmen. Direkte Gespräche zur Konfliktlösung mit der Polisario im Beisein der Nachbarstaaten, wie sie die Vereinten Nationen, die Organisation für Afrikanische Einheit, Algerien, Mauretanien und Spanien befürworteten, lehnte Marokko kategorisch ab.
- Zum anderen nahmen die Spannungen zwischen Algerien und Marokko nach dem terroristischen Anschlag in Marrakesch am 24. August 1994 zu. Bei dem Anschlag waren zwei spanische Touristen getötet worden. Die Attentäter waren algerischstämmige Islamisten, die aus Frankreich nach Marokko eingereist waren. Ohne Rücksprache mit der algerischen Regierung führte Marokko daraufhin für algerische Staatsbürger die Visapflicht ein; als Erwiderung darauf schloss Algerien am 26. August 1994 die Landesgrenze zu Marokko, die seither geschlossen ist.

Mauretaniens Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel 1995 verstimmte zudem die libysche Staatsführung.

Trotz der politischen Blockade der AMU rissen die Pro-AMU-Bekundungen der Staatsführungen nie ab. Auch die Treffen auf Ministerebene und die Vorbereitung von Abkommen wurden fortgesetzt – immer in der Hoffnung, dass es »demnächst« zu einem Gipfeltreffen aller Staatschefs der Mitgliedsstaaten kommt und der Präsidialrat endlich die zahlreich vorbereiteten Dossiers diskutiert und Beschlüsse fasst.<sup>9</sup>



Für die seit 1994 anhaltende AMU-Blockade können insbesondere drei Gründe genannt werden:

- die bewaffneten Auseinandersetzungen mit Islamisten in Algerien in den 1990er Jahren und als Folge davon seit 1992 die Konzentration Algeriens auf innere sicherheitspolitische Angelegenheiten.
- die Zustimmung Algeriens, Marokkos, Mauretaniens und Tunesiens zu den 1992 gegen Libyen verhängten UN-Sanktionen wegen der Verwicklung Libyens in den Anschlag auf ein Passagierflugzeug, das über dem schottischen Lockerbie abstürzte (sogenannte Lockerbie-Affäre), wodurch sich Libyen außenpolitisch weg vom Maghreb auf Subsaharaafrika konzentrierte.
- die Verschlechterung der algerisch-marokkanischen Beziehungen wegen der stagnierenden Lösung des Westsahara-Konflikts und der algerisch-marokkanischen Rivalität im außenpolitischen und militärisch-sicherheitspolitischen Bereich. Der algerische Politikwissenschaftler Yahia Zoubir merkte zu den Beweggründen für die andauernde algerisch-marokkanische Grenzschließung an: »Man kann die Hypothese aufstellen, dass die Algerier 1994 die Grenze anfangs als unmittelbare Vergeltungsmaßnahme gegen die marokkanische Visapflicht für algerische Staatsbürger geschlossen hatten, dann jedoch, als ihnen klar wurde, dass die Grenzschließung Marokko wirtschaftliche Schäden zufügte, den Beschluss fassten, die Grenze so lange geschlossen zu halten, bis Marokko Konzessionen machen würde und bereit sei, seine Position bezüglich der Westsahara abzuschwächen.«<sup>10</sup>

### Kooperationsverhalten 1989–2010

Die Ermutigungen internationaler Partner und Organisationen, die regionale Kooperation auf Maghreb-Ebene voranzutreiben, intensivierten sich im Rahmen der internationalen Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001: Die Maghreb-Staaten wurden angehalten, neben Maßnahmen zur Steigerung der Effektivität der Sicherheitsapparate im Kampf gegen islamistischen Terrorismus die wirtschaftliche Entwicklung, die Armutsbekämpfung und die Schaffung von Arbeits-

plätzen für Jugendliche zu fördern. Eine wesentliche Ursache für die Attraktivität extremistischer Ideologien wurde in der sozialen Ausgrenzung der jungen Generation gesehen. Die wirtschaftliche Kooperation und Integration der Maghreb-Staaten wurden als entscheidende Schritte auf dem Weg zur Lösung der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme propagiert.

Trotz fortgesetzter Bedrohungen durch islamistische bewaffnete, terroristische Gruppen nach 2001, ihrer anhaltenden Attraktivität für junge Erwachsene, der zunehmenden Vernetzung dieser Gruppen auf maghrebischer Ebene und im angrenzenden Sahel-Raum ab 2007 und einer deutlichen Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung in den Maghreb-Staaten blieb jedoch die regionale Kooperation politisch blockiert.

Unberührt davon hielten Politiker, Unternehmer, Gewerkschafter und eine Vielzahl von Wissenschaftlern sowie zivilgesellschaftlich engagierte Vereinigungen an der Idee der AMU fest. Die Maghreb-Kooperation sei ein »Muss«, weil nur so das wirtschaftliche Potenzial voll entfaltet werden könne. Die These von den »Kosten« der ausbleibenden regionalen Wirtschaftskooperation für die nationalen Volkswirtschaften (»Le Coût du Non-Maghreb«) gehört seit Jahren zum Standardargument zugunsten der Wiederbelebung der AMU und wurde von allen Gesprächspartnern erwähnt. Die jährlichen Kosten werden allerdings unterschiedlich hoch veranschlagt; in der Regel wird davon ausgegangen, dass die Volkswirtschaften jährlich zwei Prozent weniger BIP-Wachstum zu verzeichnen haben und dies durch diverse Studien untermauert. Der marokkanische Zentralbankgouverneur Abdelattif Jouahri griff im Juli 2012 ein weiteres von Wirtschaftsfachleuten immer wieder angeführtes Argument zugunsten der Maghreb-Kooperation auf: Die maghrebischen Volkswirtschaften würden dadurch gegenüber internen und externen Schocks widerstandsfähiger.<sup>11</sup>

Das konkrete außenpolitische Verhalten der Maghreb-Staaten weist seit der AMU-Gründung 1989 zwei Merkmale auf, die in Bezug auf die Frage nach den zukünftigen Chancen regionaler Kooperation im Maghreb von besonderer Bedeutung sind.

Das ist zum einen die ununterbrochen betonte »grundsätzliche« Bereitschaft zur Kooperation und zum anderen die Kurzlebigkeit des intensiven Engagements der Staatsführungen in regionalen Kooperationsstrukturen.

### Grundsätzliche Kooperationsbereitschaft

Die grundsätzliche Bereitschaft maghrebinischer Staatsführungen, sich in Organisationen und Strukturen auf allen Ebenen einzubringen bzw. eine Teilnahme nicht zu verweigern, schlägt sich in einem entsprechenden Diskurs nieder. Diese Bereitschaft wurde auch dann hervorgehoben, wenn aus politischen Gründen

- ein Rückzug aus einer Regionalorganisation stattfand wie im Falle Marokkos, das 1984 die Organisation für Afrikanische Einheit nach der Aufnahme der DARS als Vollmitglied verließ.
- eine neue subregionale Organisation gegründet wurde wie dies Libyen 1998 tat. In die neu gegründete Sahara-Sahel-Gemeinschaft, SinSad, traten Marokko, Tunesien und Mauretanien, nicht jedoch Algerien ein.
- die Staatschefs durch ihr Nichthandeln die regionale Kooperation wie im Falle der AMU auf unbestimmte Zeit »vertagten«.
- bilaterale Kooperation von den Staatsführungen eindeutig bevorzugt wurde.<sup>12</sup> Dies zeigt sich (1) im intramaghrebinischen Kontext, wo ungeachtet der Stagnation der regionalen Kooperation und politischer Verstimmungen stets von allen Beteiligten die Türen für eine Revitalisierung der bilateralen Beziehungen offen gehalten wurden, und (2) in der Bevorzugung bilateraler Kooperationsstrukturen bei der konkreten Zusammenarbeit im Rahmen der Euromediterranen Partnerschaft und der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

### Kurzlebigkeit des intensiven Engagements

Auffallend ist zudem die relative Kurzlebigkeit des gesteigerten Engagements der außenpolitisch besonders ambitionierten Staaten Algerien, Libyen und Marokko sowohl in bi- als auch in multilateralen Kooperationsstrukturen. Alle drei Staaten verfolgten seit der Unabhängigkeit bzw. Libyen seit

der Machtübernahme Gaddafis 1969 eine Politik der regionalen Einflussmaximierung. Für Marokko bedeutet dies seit der Vereinnahmung der Westsahara ab 1976, die Diplomatie und die außenpolitische Strategie so auszurichten, dass letztendlich die »Marokkanität« der Westsahara international anerkannt wird. Die algerisch-marokkanischen Beziehungen werden seit 1976 durch die gegensätzlichen Positionen im Westsahara-Konflikt geprägt. Unabhängig davon wirken sich seit den 1960er Jahren die machtpolitischen Rivalitäten und das mit ihnen verbundene gegenseitige Misstrauen negativ auf die regionale Zusammenarbeit aus. Etliche der seither geschlossenen Abkommen Algeriens oder Marokkos wie auch das intensivierte Engagement von Algerien seit der Präsidentschaft Abdul Aziz Bouteflikas 1999 im Rahmen der Afrikanischen Union bzw. das Engagement von Marokko in der Regionalorganisation SinSad ab Februar 2001 hatten jeweils die Schwächung des »Rivalen« zum Ziel. Das Engagement zugunsten von bilateraler oder multilateraler Kooperation auf regionaler Ebene wurde von algerischer Seite stets dann intensiviert, wenn es unter Bedrohungs Gesichtspunkten als nützlich eingestuft wurde. Bei nachlassendem Bedrohungsempfinden wurde das Engagement zurückgefahren.

Konstant galt bis Ende 2010:

- Außenpolitische Entscheidungen waren ausnahmslos eine Angelegenheit der Staatsspitze.
- Kooperationsbereitschaft prägte den Diskurs; sie wurde gegenüber der Öffentlichkeit grundsätzlich hochgehalten, selbst wenn politische Gründe (Rivalitäten, Konflikte zwischen zwei Staaten) zum Rückzug aus einer Regionalorganisation führten.
- Regionale Organisationsstrukturen wurden von einzelnen Nationalstaaten genutzt, um spezifische nationale Anliegen durchzusetzen. Das Engagement zugunsten regionaler Kooperation oder der Rückzug aus dem Engagement folgte nicht selten auf der Basis kurzfristiger machtpolitischer Überlegungen.

Analysen zur regionalen und bilateralen Kooperation für den Zeitraum der 1970er Jahre bis Ende 2010 zeigen, dass insbesondere die Staatsführungen Algeriens, Libyens und Marokkos immer wieder versuch-

ten, die verschiedenen regionalen und subregionalen Organisationen für spezifische politische Interessen zu nutzen. Sie ließen in bestehenden Organisationen ihre Zusammenarbeit ruhen oder gründeten wie der libysche Staatschef Gaddafi mit SinSad neue Organisationen. Sie waren bereit, sich in neue Strukturen einzubringen, wenn sie annahmen, ihre Interessen dadurch besser durchsetzen zu können. Marokko ging es dabei stets in erster Linie um die Westsahara, d. h. um die Anerkennung der »Marokkanität« der Westsahara und die Nichtanerkennung der 1976 gegründeten DARS. Algerien ging es, als Gegenspieler Marokkos in der Westsahara-Frage, um die Unterbindung dieser marokkanischen Strategie. Libyen versuchte nach der Verhängung internationaler Sanktionen wegen der Lockerbie-Affäre seinen Einfluss in Afrika mittels der Regionalorganisation SinSad auszuweiten und die Sanktionen zu unterlaufen. Die jeweilige landesspezifische politische Agenda und die latent konflikthafter bilateralen Beziehungen vor allem zwischen Marokko und Algerien schlossen de facto eine aktive Mitgliedschaft beider Staaten in ein und derselben Regionalorganisation aus. Eine Einbindung aller fünf Staaten in die Euromediterrane Partnerschaft und die Europäische Nachbarschaftspolitik war und ist wiederum möglich, weil hierbei bilaterale Abkommen und Aktionspläne die Grundlage bilden. Der 5+5-Dialog zwischen den Maghreb-Staaten und auf europäischer Seite Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Malta überwindet auf ähnliche Weise die regionale Kooperationsproblematik.<sup>13</sup>

## Maghreb-Kooperation seit 2011: Scheinbar bessere Voraussetzungen

Die Protestbewegungen, die von Tunesien 2011 ausgingen, hatten Rückwirkungen unterschiedlicher Intensität in allen Staaten Nordafrikas, in den südlich angrenzenden Sahel-Staaten und in den Staaten des Nahen Ostens. Sie zeigten, welches Mobilisierungspotenzial gegen die Staatsführungen vorhanden ist, deren wirtschaftliche und soziale Leistungsdefizite sich kumuliert hatten. In breiten Bevölkerungsschichten, vor allem jedoch in der jungen Generation und in einzelnen besonders marginalisierten Landesteilen wuchs die Unzu-

friedenheit mit der sozialen Lage. Die zentralen Probleme in allen nordafrikanischen und den angrenzenden Sahel-Staaten gleichen sich. Es sind die Jugendarbeitslosigkeit und die generell ungenügende gesellschaftliche Integration der Jugend, die wachsende soziale Ungleichheit, das ausgeprägte regionale Entwicklungsgefälle, das sinkende Ansehen des Staates und seiner Institutionen und die Verbreitung populistischer und extremistischer Ideen. Nach den politischen Protesten, die in Tunesien, Ägypten und Libyen 2011 zu Machtwechseln führten, nahmen deswegen auch die internationalen Bemühungen zu, die Staatsführungen der Maghreb-Staaten für eine zügige regionale Integration zu gewinnen und ihnen Unterstützung bei der Realisierung anzubieten. Das taten beispielsweise die Afrikanische Entwicklungsbank, die Weltbank und die Europäische Kommission:

- Die Afrikanische Entwicklungsbank legte im Mai 2012 einen 200 Seiten starken Bericht zur Wirtschaftsintegration im Maghreb vor. Darin plädierte sie für die »Freisetzung des Entwicklungspotenzials Nordafrikas durch regionale Integration« und bereitete die Argumente systematisch auf.<sup>14</sup> In ihrem Bericht vom September 2012 zu Tunesien betonte sie erneut die Bedeutung der regionalen Integration.<sup>15</sup>
- Jonathan Walters von der Weltbank (Regional Director for Programs and Partnership) wies im Juni 2012 auf einem Workshop in Rabat einmal mehr auf die Dringlichkeit der Kooperation hin: »Die Maghreb-Länder sehen sich alle vor ähnliche Herausforderungen einer zunehmenden Bevölkerung und hoher Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend, gestellt, verbunden mit niedrigen Wachstumsraten und niedrigen ausländischen Direktinvestitionen. Eine Verringerung der Handelsschranken wäre ein wirkungsvolles gemeinsames Herangehen an diese geteilten Herausforderungen, das die Fundamente legen würde für künftiges Wachstum, indem die Region wettbewerbsfähiger und attraktiver gemacht werden würde sowohl für inländische wie für ausländische Investoren.«<sup>16</sup>
- Die Europäische Kommission bzw. deren Vizepräsidentin und Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, unterstrich aus denselben Gründen im

Dezember 2012 die europäische Bereitschaft zur Unterstützung regionaler Kooperation und unterbreitete den Maghreb-Staaten, als Teil einer der am wenigsten integrierten Regionen der Welt, in Form eines Aktionsplans Vorschläge zu ihrer Realisierung.<sup>17</sup>

Mehrere Ereignisse und Entwicklungen seit Jahresbeginn 2012 erhärteten den Eindruck, dass die Chancen für eine intensivere Kooperation zwischen den Maghreb-Staaten im Rahmen der AMU gestiegen seien:

- Der am 13. Dezember 2011 neu eingesetzte tunesische Staatspräsident Moncef Marzouki, geprägt von panarabischem, arabisch-nationalistischem Denken und Einheitsidealen, warb in Libyen am 2. Januar 2012 und ab 8. Februar 2012 auf seiner Rundreise in Marokko, Mauretanien und Algerien für die Wiederbelebung der AMU. Diese Revitalisierung sollte durch die zügige Organisation des ersten Gipfeltreffens der Staatschefs seit 1994 eingeleitet werden.
- Die maghrebischen Staatschefs befürworteten das Anliegen grundsätzlich. Der marokkanische König zeigte deutliches Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zu Algerien und an der Umsetzung der Maghreb-Union; König Mohammed VI. bezeichnete Marokko explizit als integralen Bestandteil des Maghreb.<sup>18</sup> Die Öffnung der seit 1994 durch Algerien geschlossenen Landgrenze nach Marokko wurde im Vorfeld eines Maghreb-Gipfels nicht nur von Marokko erwartet, sondern auch auf algerischer Seite bereits seit Januar 2012 vom damaligen Premierminister Ahmed Ouyahia in Aussicht gestellt.
- Das AMU-Generalsekretariat organisierte 2012 und 2013 verschiedene Treffen auf Ministerebene, um auf einen Gipfel der Staatschefs hinzuwirken, darunter die folgenden:
  - Am 18. Februar 2012, dem Jahrestag der AMU-Gründung vor 23 Jahren, trafen sich die Außenminister am Sitz des Generalsekretariats in Rabat; die Stimmung war positiv.
  - Algerien regte ein weiteres Außenministertreffen am 9. Juli 2012 in Algier an. Auf diesem Treffen standen die Wirtschafts- und Sicherheitskooperation auf der Agenda. Auf diesem Treffen wurde auch die Krise in Mali diskutiert, obwohl Algerien in Bezug auf Sahel-Sahara-Sicherheitsangelegenheiten eine Einbeziehung Marokkos mit dem Argument, Marokko sei »kein Sahel-Staat«, eigentlich ablehnt.
- Am 24. September 2012 fand das erste Treffen der Religionsminister seit Gründung der AMU in Nouakchott statt. Es wurden Möglichkeiten zur Bekämpfung des religiösen Extremismus erörtert.
- Am 26. Dezember 2012 trafen sich die AMU-Bildungsminister in Rabat.
- Schließlich tagten maghrebische Wirtschafts- und Finanzexperten in Gegenwart der Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, am 9. Januar 2013 in Nouakchott. Thematisiert wurde die wirtschaftliche Integration und die Vorteile, die den Staaten daraus erwachsen würden u. a. im Hinblick auf die Attraktivität des Maghreb für ausländische Investoren und die Verbesserung der Chancen zur Anpassung an globale Veränderungen und zur Weltmarktintegration. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, die formal bereits im Jahr 2000 begründete, aber bislang nicht operativ tätige Maghreb-Investitionsbank BMICE mit dem notwendigen Kapital auszustatten, damit sie 2014 ihre Arbeit aufnehmen kann.
- Bei der AMU-Innenministertagung am 21. April 2013 in Rabat ging es in erster Linie um sicherheitspolitische Fragen (Bekämpfung von Schmuggel, Menschenhandel, Terrorismus, organisierte Kriminalität) und Zivilschutz.
- Am 5. Mai 2013 tagten wiederum die AMU-Außenminister in Rabat.
- Am 17. Mai 2013 trafen sich die Minister für Jugend und Sport in Tunis.
- Auf dem Treffen der AMU-Finanzminister vom 27. Mai bis 1. Juni 2013 in Marrakesch wurde schließlich das Projekt der maghrebischen Investitionsbank ein weiteres Stück vorangebracht. Als Sitz der BMICE wurde Tunis bestimmt. Die Bank soll mit einem Startkapital von 150 Millionen Dollar 2014 die Arbeit aufnehmen; eine Kapitalaufsto-

ckung auf 500 Millionen Dollar ist in einer zweiten Phase geplant.<sup>19</sup>

Die Medienresonanz auf diese Initiativen des AMU-Generalsekretariats war groß und zeigt, wie präsent und populär die Idee der Maghreb-Union ist. Vertreter der Zivilgesellschaft, Unternehmerverbände und Gewerkschaften sowie Wissenschaftler, die sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit den Vorteilen einer vertieften regionalen Zusammenarbeit für den Handel, den Arbeitsmarkt, das Wachstum der Wirtschaft, die Auslandsinvestitionen usw. befasst hatten, reagierten positiv und organisierten ihrerseits den intermaghrebischen Austausch. Einige signifikante Beispiele seien herausgegriffen:

- Auf einem Treffen in Casablanca Anfang September 2012 vereinbarten die Generalsekretäre des algerischen Gewerkschaftsverbandes UGTA, Sidi Said, und des marokkanischen Gewerkschaftsverbandes UMT, Miloudi Moukharik, den 1989 gegründeten maghrebischen Gewerkschaftsverband USTMA wiederzubeleben.
- Die Leiter der Wirtschaftskammern aller Maghreb-Staaten versammelten sich erstmals Ende Dezember 2012 in Nouakchott. Alle Beteiligten waren sich über die Notwendigkeit der Kooperation und ein neues Konzept für die Kammern einig; die Zuständigkeiten der Kammern sollten, so die Wunschvorstellung, auf alle Bereiche der Wirtschaft, des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Dienstleistungsbereichs ausgeweitet werden.
- Auf Maghreb-Ebene wurden seit Jahresbeginn 2012 zudem zahlreiche Berufsvereinigungen, Gewerkschaften und Interessenverbände neu gegründet wie u. a. im Januar 2012 in Casablanca die Maghrebische Union der Mediziner des Privatsektors. In Oran wurde im März 2012 die Maghrebische Union der Konsumenten ins Leben gerufen. Anfang Juli 2013 gründeten Vertreter der maghrebischen Arbeitgeberorganisationen bei einem Treffen in Tunis den Maghreb Council for Inclusive Entrepreneurship/Conseil Maghrébin pour l'Entreprenariat Inclusif.<sup>20</sup>

Diese Initiativen führten bislang allerdings nicht zum Durchbruch auf politischer Ebene. So wurde

denn auch das Treffen maghrebischer Wirtschaftsexperten und des Generalsekretärs der AMU Habib Ben Yahia am 8. Oktober 2013 in Rabat in den Medien einmal mehr als neuerlicher Versuch bezeichnet, um endlich die »Flamme der maghrebischen Integration« anzuzünden.<sup>21</sup>

### Alte und neue Hindernisse für regionale Kooperation

Die anhaltenden Ursachen für die blockierte Regional Kooperation sind sowohl in »alten«, bereits vor den politischen Umbrüchen 2011 wirkenden Hindernissen, als auch in »neuen« Hindernissen zu suchen, die eine Folge der politischen Umbrüche sind. Die Initiative des neuen tunesischen Präsidenten Marzouki von 2012, um die Blockade der AMU zu lösen, war nicht nur wegen dessen außenpolitischer Unerfahrenheit und Nichtachtung diplomatischer Vorgehensweisen zum Scheitern verurteilt. Es sind die »alten« und »neuen« Hindernisse, die dafür verantwortlich sind.

Das öffentliche Vorpreschen Marzoukis, der ohne Vorgespräche mit den Repräsentanten der anderen Maghreb-Staaten ein AMU-Gipfeltreffen für 2012 ankündigte, diente letztendlich kurzfristig zur Steigerung seiner eigenen Popularität. Zuerst wurde als Termin Juni, September, dann Oktober 2012 genannt; inzwischen ist der nächste AMU-Gipfel auf unbestimmte Zeit verschoben bzw. es kursieren keine Daten mehr. Politische Überzeugung war für Marzoukis Handeln allerdings nur zum Teil verantwortlich; der Zeitpunkt für seinen Aktivismus in Sachen Maghreb-Union steht in engem Zusammenhang mit ganz persönlichen machtpolitischen Interessen. Seine schwache Stellung als Präsident<sup>22</sup> und die kritische Hinterfragung seines Verhältnisses zur dominanten islamistischen Regierungspartei Ennahda in den tunesischen Medien bedurfte einer Imagekampagne. Das emotionsgeladene Thema Maghreb-Union versprach zugleich Medienaufmerksamkeit und Zustimmung in breiten Kreisen der Bevölkerung.

Dass es sich um eine Eigeninteressen verpflichtete Initiative ohne politisches Gespür für die nationalen und regionalen Problemlagen handelte,<sup>23</sup> belegt unter anderem die Tatsache, dass die Initiative Mar-

zoukis zu einem Zeitpunkt erfolgte, als weder in Tunesien noch in Libyen die Institutionenbildung abgeschlossen war und somit auch die notwendigen Voraussetzungen auf höchster staatlicher Ebene in diesen Ländern nicht gegeben waren, um verbindliche, längerfristig angelegte Vereinbarungen zu einer Kooperation auf Maghreb-Ebene zu treffen.

Marzoukis fehlende Konsultationen auf Maghreb-Ebene im Vorfeld seiner Ankündigungen, seine einseitige Gewährung der fünf Freiheiten für die Bürger aller Maghreb-Staaten in Tunesien (Reise- und Aufenthaltsfreiheit, Freiheit zur Arbeitsaufnahme, zum Besitzerwerb und zur kommunalen Mitbestimmung), die ab Juni 2012 in Kraft treten sollten, irritierten insbesondere die algerische Staatsführung.<sup>24</sup> Die regionale Sicherheitslage, die transnationalen Aktivitäten bewaffneter Gruppen und der seit 2011 drastisch gestiegene Waffenschmuggel ließ die Sicherheitsbehörden der Maghreb-Staaten verstärkt zu Maßnahmen greifen, die Grenzen und den Personen- und Warenverkehr zu kontrollieren. In der zweiten Jahreshälfte 2012 wurde schließlich aus Sicherheitsgründen die Grenze zwischen Algerien und Tunesien geschlossen.

### Sicherheitsprobleme

Seit dem libyschen Bürgerkrieg 2011 und der damit einhergehenden Plünderung der unter dem Gaddafi-Regime angelegten Waffendepots nahmen die Probleme mit grenzüberschreitenden Waffenschmugglern, gewaltbereiten Islamisten und Mitgliedern islamistischer terroristischer Gruppen und Netzwerke im Maghreb sowie im angrenzenden Sahel-Raum drastisch zu.<sup>25</sup> Besonders betroffen waren zunächst Libyen und Algerien, wo bereits seit den 1990er Jahren bewaffnete islamistische Gruppen aktiv sind, und die angrenzenden Sahel-Staaten. Seit 2012 sind die Auswirkungen aber auch verstärkt in Tunesien, Mauretanien, der Westsahara und in Marokko spürbar. Grenzsicherung, Grenzüberwachung und Kontrolle des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs haben deswegen für die algerische Staatsführung höchste Priorität, so dass unter diesen Voraussetzungen der Vorstoß des tunesischen Präsidenten Marzouki vom Februar 2012 die regionale Kooperationsagenda nicht vorantreiben konnte.

Im zweiten Halbjahr 2012 verschlechterte sich die Lage. Die islamistischen Gruppen in Nordmali, die bereits mit der Eroberung von Kidal, Timbuktu und Gao im April 2012 ihre Präsenz in Nordmali territorial verfestigten, konnten im zweiten Halbjahr 2012 den weiteren Eroberungszug in den Süden Malis vorbereiten. Anfang Januar 2013 starteten sie ihre Offensive nach Süden, die nur durch die Intervention der französischen Streitkräfte zurückgeschlagen werden konnte. Algerien und Libyen versuchten, ihre Grenzgebiete so zu schützen, dass bewaffnete islamistische Gruppen ihr Territorium nicht als Schutz- und Rückzugsraum nutzen können. Die Gefahren, die durch eine anhaltende Destabilisierung Malis oder weiterer Sahel-Staaten durch islamistische Aktivitäten und die Waffenproliferation drohen, verschoben den Fokus der maghrebischen Staatsführungen im Herbst/Winter 2012 deutlich auf den Sahel. Die wachsende Unsicherheit und Instabilität im Sahel wird mit Sorge beobachtet, weil sie zudem die seit den politischen Umbrüchen institutionell stark geschwächten Staaten Libyen und Tunesien weiter zu destabilisieren drohen und auch eine Gefahr für Marokko und Algerien darstellen. Die Angst vor einer »Fragilisierung des Maghreb«<sup>26</sup> ist nach wie vor vorhanden.

Es ist angesichts dieser Sachlage für den Stand der intramaghrebischen Beziehungen bezeichnend, dass trotz der hohen Gefahreinschätzung durch die Entwicklungen im Sahel Algerien 2012/13 die bilaterale und trilaterale oder multilaterale Kooperation unter Ausschluss Marokkos der Förderung einer gemeinsamen maghrebisch-sahelischen Initiative vorzog.<sup>27</sup> Das algerisch-marokkanische Verhältnis erschwert zweifellos die Regionalkooperation auf maghrebischer Ebene, es ist allerdings nicht das einzige und alleinig ausschlaggebende Hindernis.

### Die algerisch-marokkanischen Beziehungen

2011 schien sich eine Entspannung zwischen Algerien und Marokko anzubahnen. Der Machtwechsel in Tunesien und schließlich der libysche Bürgerkrieg und Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes hatte in der algerischen Staatsführung Befürchtungen vor einem massiven Protestszenario geschürt.<sup>28</sup> Die politischen Umbrüche in Tunesien

und Libyen und das Erstarken der Islamisten in diesen Ländern nach den Machtwechseln 2011 begünstigten deshalb zunächst eine Annäherung an den politisch stabilen Nachbarstaat Marokko. Das Ausbleiben größerer Proteste in Algerien und die Stimmenverluste, die islamistische Parteien bei den algerischen Parlamentswahlen im Mai 2012 und bei den Kommunalwahlen im November 2012 zu verbuchen hatten, entspannten jedoch die interne Lage und die Gefahrenwahrnehmung der Staatsführung. Diese Entwicklung stützt die These des algerischen Politikwissenschaftlers Yahia Zoubir, dass die algerische Kooperationsbereitschaft von der Gefahreneinschätzung der Staatsführung abhängt. Die relative Entspannung der innenpolitischen Lage in Algerien nach den Wahlen vom Mai und November 2012 wäre dann zumindest zum Teil mitverantwortlich dafür, dass die Rivalität mit Marokko und der Streitpunkt Westsahara wieder politikleitend wurde. Dies würde auch erklären, warum von algerischer Seite Marokko nicht angeboten wurde, gemeinsam einen Weg zu suchen, um die Öffnung der algerisch-marokkanischen Landgrenze so zu gestalten, dass die Sicherheit für beide Staaten gewährleistet ist. Die fortgesetzte Schließung der Landgrenze – so Zoubir – sei ein von der algerischen Führung gezielt eingesetztes Druckmittel, um Marokko wirtschaftlich zu schaden, in der Erwartung, Marokko dadurch zu Konzessionen im Westsahara-Konflikt zu zwingen.<sup>29</sup> Für die algerische Staatsführung hat deshalb momentan die Förderung der AMU, die obligatorisch mit dem Thema Grenzöffnung verknüpft ist, keine Priorität.<sup>30</sup>

Die Entwicklung im Sahel sorgt zudem seit Sommer/Herbst 2012 zusätzlich für angespanntere algerisch-marokkanische Beziehungen. Der Westsahara-Konflikt und die algerisch-marokkanische Rivalität um Einfluss in Subsaharaafrika bzw. in der Sahel-Region hatte Rückwirkungen auf das algerische Verhalten in der Mali-Krise: Die algerische Staatsführung lehnt die Sicherheitskooperation mit Marokko in multilateralen Strukturen nach wie vor mit dem Argument ab, Marokko sei kein Sahel-Staat, ungeachtet dessen, dass Marokko die Rückwirkungen der Destabilisierung im Sahel-Raum und der grenzüberschreitenden Aktivitäten bewaffneter islamistischer Gruppen ebenfalls zu spüren bekommt und marokkanische Sicherheitskräfte

diese Gruppen bekämpfen. Aus algerischer Sicht wäre jedoch eine Einbeziehung Marokkos gleichbedeutend mit der indirekten Anerkennung der marokkanischen Sahel-Dimension und damit der »Marokkanität« der Westsahara; geographisch gesehen habe nämlich lediglich die Westsahara diese Sahel-Dimension.<sup>31</sup> Die Sahel-Dimension ist jedoch für Marokko längst eine innenpolitische Realität<sup>32</sup> und nimmt außenpolitisch einen hohen Stellenwert ein: In der marokkanischen Verfassung von 2011 heißt es in der Präambel, Marokko werde am »Aufbau der Maghreb-Union«<sup>33</sup> mitwirken (strategische Option), die Beziehungen zur arabischen und islamischen Gemeinschaft (Umma) vertiefen und – an dritter Stelle – die Kooperations- und Solidaritätsbeziehungen mit den Völkern und Ländern Afrikas, insbesondere den subsaharischen und den Sahel-Staaten, konsolidieren.

Marokko reagierte auf die anhaltende Weigerung Algeriens, mit Marokko in Sahel-Fragen zu kooperieren, seinerseits durch ein verstärktes Engagement zugunsten der Organisation SinSad, die nach dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes zunächst nicht mehr aktiv war. Im Juni 2012 organisierte Marokko ein Treffen in Rabat, dem ein SinSad-Gipfeltreffen in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena am 16. Februar 2013 folgte. Auf diesem Treffen dominierten Sicherheitsfragen die Tagesordnung.<sup>34</sup>

Es scheint, als werde die »alte« algerisch-marokkanische Rivalität im Sahel-Sahara-Kontext erneuert und als werde diese Rivalität zumindest mittelfristig die algerisch-marokkanischen Beziehungen prägen.

### Islamistischer Aufschwung und institutionelle Instabilität

Problematisch für den Ausbau der Maghrebbeziehungen untereinander ist der politische und gesellschaftliche Aufschwung islamistischer Gruppen seit 2011 und die damit in engem Zusammenhang stehende institutionelle Instabilität in den von politischen Umbrüchen betroffenen Maghreb-Staaten Tunesien und Libyen.

Wenn die regionale Zusammenarbeit bzw. die Belebung der AMU als Regionalorganisation gefordert

wird, wird von maghrebischen wie ausländischen Befürwortern stets in erster Linie das regional verbindende hervorgehoben. Entwicklungen, die keine verbindende, sondern eine trennende, abschottende Wirkung auf intramaghrebischer Ebene entfalten, wurden mit Ausnahme der Westsahara-Frage nie offen thematisiert. Dies gilt seit 2011 in ganz besonderem Maße für die Folgen des islamistischen Aufschwungs in Tunesien und Libyen, wo islamistische Parteien, Vereinigungen und religiöse Funktionsträger, unterstützt durch bewaffnete Milizen und kampfbereite Gruppen, die Gesellschaft mit ihrem propagierten fundamentalistischen Staats- und Gesellschaftsprojekt spalten und ohne Behinderung durch etablierte Institutionen und Regeln ihre Dominanz festschreiben wollen. Diese Bipolarisierung schürt in Tunesien und in Libyen fortgesetzt Konflikte zwischen islamistischen und nichtislamistischen Akteuren, die eine institutionelle Normalisierung und einen wirtschaftlichen Wiederaufbau verhindern. Diese Konflikte drohen sich auf Maghreb-Ebene fortzusetzen, wenn es in Tunesien oder in Libyen Islamisten gelänge, ihr Ordnungsmodell als gesamtgesellschaftlich bindendes Modell durchzusetzen.

Seit den politischen Umbrüchen in Tunesien und Libyen sind diese beide Staaten mit der Institutionenbildung und Wiederherstellung der inneren Sicherheit und Ordnung befasst. Wenn auch in Libyen die Sicherheitslage noch prekärer ist als in Tunesien, so ist die institutionelle Neugestaltung in beiden Staaten problematisch, und es ist offen, wie sich die Machtverhältnisse entwickeln und welche politische und gesellschaftliche Ordnung künftig herrschen wird. Erst mit dem Abschluss der Institutionenbildung und nach den regulären Wahlen zu den in den Verfassungen kodifizierten Parlamenten wird sich diese Ungewissheit legen. Einen verbindlichen Zeitplan gibt es derzeit aber weder in Tunesien noch in Libyen. Machtpolitische Auseinandersetzungen blockieren eine zügige Regelung. Damit sind – neben dem gleichfalls institutionell fragilen Mauretanien – in zwei Staaten die politische Orientierung und die Leit motive politischen Handelns für die anderen beiden AMU-Mitgliedsstaaten Algerien und Marokko nicht kalkulierbar. Entscheidungen, die von den jetzt amtierenden Staatsführungen Tunesiens und Libyens getroffen

werden, sind je nach Ausgang der politischen Auseinandersetzungen um die Macht nicht unbedingt im Sinn der zukünftigen neuen nationalen Führung und werden gegebenenfalls von ihr nicht als bindend betrachtet, da in beiden Staaten die machtpolitischen Auseinandersetzungen auch Auseinandersetzungen um Ordnungsmodelle sind.

Viele maghrebische Gesprächspartner bemängelten 2012/2013 das Fehlen einer gemeinsamen Vision für den Maghreb. Eine religiös-politische Bipolarisierung auf Maghreb-Ebene würde erst recht verhindern, dass sich – ausgehend von der Konvergenz bei den Zielvorstellungen – Vertrauen zwischen den Staaten entwickelt. Je unterschiedlicher die nationalen Ordnungsmodelle sein werden, die sich in den kommenden Monaten in den Maghreb-Staaten durchsetzen, desto mehr Misstrauen wird zwischen den Staaten aufgebaut. Je mehr versteckte Absichten jedoch dem Anderen zugetraut werden, desto unwahrscheinlicher wird der Ausbau regionaler Kooperations- und Integrationsstrukturen.

### Fehlender politischer Wille

Die Umsetzung regionaler Kooperation auf Maghreb-Ebene – da waren sich alle maghrebischen Gesprächspartner einig – hängt ausschließlich vom Willen der höchsten politischen Entscheidungsträger ab, endlich auf einem AMU-Gipfeltreffen die konkreten Kooperationsschritte, die auf den unterschiedlichen sektoralen Ebenen vorbereitet wurden, zu verabschieden. Die Struktur der politischen Systeme bedingte, dass außenpolitische Angelegenheiten und Entscheidungen ausschließlich Sache der Exekutive waren. Für Algerien, Mauretanien und Marokko gilt dies unverändert; die Verfassungsreform in Marokko von 2011 tastete diese Prärogative des Königs nicht an. In Tunesien und Libyen sind seit den Machtwechseln 2011 und dem begonnenen Umbau der politischen Systeme die Kompetenzverteilung und Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments an außenpolitischen Entscheidungen noch nicht definitiv geregelt; es ist die Verabschiedung der Verfassungen abzuwarten.<sup>35</sup>

Die politische Blockade der Maghreb-Kooperation bzw. der AMU kann zudem ohne den gemein-



samen Willen der beiden größten Staaten und wichtigsten Akteure im Maghreb, Algerien und Marokko, nicht aufgebrochen werden. In den algerisch-marokkanischen Beziehungen ist es seit den Umbrüchen in Tunesien und Libyen 2011 jedoch nicht zu dem erforderlichen entscheidenden Einvernehmen gekommen, so dass die Blockade fortbesteht. Es hängt von der Exekutive dieser beiden Staaten ab, ob sich neue Ansätze für eine Vertiefung bilateraler Zusammenarbeit als eine wichtige Vorbedingung für multilaterale, maghrebische Kooperation eröffnen. Die meisten Gesprächspartner hoben deshalb auch die Bedeutung der algerisch-marokkanischen Beziehungen im regionalen Beziehungsgeflecht hervor. Eine konkrete und direkte Möglichkeit Dritter wie z. B. der Europäischen Union, die algerisch-marokkanischen Beziehungen zu verbessern, wurde indes nicht gesehen.

Die AMU ist nach wie vor der organisatorische Rahmen, in dem auf politischer Ebene (Exekutive, Regierung, Parlament) intramaghrebische Kooperation »gedacht« wird, sei es als AMU oder für Marokko als »Maghreb-Union«. Die »Maghreb-Integration« ist unvermindert Diskussionsgegenstand von Foren, die Wirtschaftsexperten zusammen bringen.<sup>36</sup> Die Diskussionen zeigen jedoch, dass die Hindernisse unvermindert hoch sind, ungeachtet der Interessen, die eigentlich für eine Maghreb-Kooperation sprächen. Das politische Handeln der Exekutiven in den Maghreb-Staaten folgt einer kurzfristigen innenpolitischen Logik.<sup>37</sup> Langfristige strategische Interessenabwägungen bei gleichzeitiger Verortung des eigenen Landes als Teil der »Region Maghreb« sind nicht politikleitend.

### Unterschiedliche Flexibilität der Staatsführungen und Systeme

Die wirtschaftlichen und politischen Reformdynamiken der Maghreb-Staaten waren hinsichtlich der Reichweite und strukturverändernden Eingriffe nie vergleichbar. Sie folgten einem von der jeweiligen Staatsführung vorgegebenen »nationalen« Rhythmus, der die Absicherung der bestehenden Machtverhältnisse gewährleisten sollte. Nach den Machtwechseln und Umwälzungen 2011 in Tunesien und Libyen reagierten die algerische und marokkanische Staatsführung mit Reformeingriffen, in denen sich

die jeweilige ideologische Prägung und der von der Ressourcenlage vorgegebene finanzielle Handlungsspielraum spiegelten. In Marokko kam es zur Beschleunigung und Vertiefung politischer und wirtschaftlicher Reformen; in Algerien zu einigen wenigen Anpassungen. Der Grad der Öffnung im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich steht in Zusammenhang mit der Angst vor unkontrollierbaren Entwicklungen und der Flexibilität des jeweiligen Systems und seiner Institutionen. Die Anpassungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft ist dort höher, wo die Staatsführung (wie in Marokko) unabhängig von parteipolitischen Querelen breite Legitimität besitzt, über entsprechende Kapazitäten (Personal, Know-how) verfügt oder sich solche einholt, um Reformen durchzusetzen. Die Verkrustungen des algerischen politischen und wirtschaftlichen Systems, in dem Staatsbetrieben immer noch die dominante Rolle zukommt, die Verbindung zwischen militärischen und wirtschaftlichen Interessen und die nachhaltige Prägung vieler Entscheidungsträger von sozialistischen Ideen trugen mit dazu bei, eine Liberalisierung der Wirtschaft und Förderung der Privatwirtschaft zu behindern. Während sich Marokko und Tunesien schon vor Jahren gegenüber ausländischen Investitionen öffneten und ein relativ offenes Investitionsklima anstrebten, waren Algerien und Libyen bis zum Machtwechsel im Oktober 2011 diesbezüglich deutlich »verschlossener« und bauten entsprechende Hindernisse auf. Für Algerien gilt diese Haltung noch immer. Liberalisierungsmaßnahmen und die Förderung von privatwirtschaftlichen Unternehmen erfolgen nur sehr zurückhaltend. Algerien wird bei unveränderter Zusammensetzung der Entscheidungsträger bei der Bereitschaft zu wirtschaftspolitischen Reformen weiterhin das maghrebische Schlusslicht bilden.

### Perspektiven

Die Normalisierung der algerisch-marokkanischen Beziehungen wurde von den meisten maghrebischen Gesprächspartnern als Schlüssel zur Wiederbelebung der AMU bezeichnet. Ohne eine Normalisierung zwischen beiden Staaten sind zweifellos keine Fortschritte bei der regionalen Kooperation möglich. Die Normalisierung der algerisch-marok-

kanischen Beziehungen allein ist jedoch noch keine ausreichende Garantie für einen Durchbruch der Regionalorganisation AMU. Eine enge bilaterale Kooperation zwischen den zwei größten Maghreb-Staaten könnte jedoch den Grundstein für das Konzept Maghreb legen.

Die politikleitenden Prinzipien Algeriens und Marokkos deuten momentan nicht darauf hin, dass es bald zu einer Entspannung in den Beziehungen kommt.<sup>38</sup> Für Algerien hat neben der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Ablehnung einer externen militärischen Intervention das Selbstbestimmungsrecht der Völker absolute Priorität, was folglich die algerische Haltung zu Westsahara bzw. zur Polisario bestimmt. Für Marokko ist das sakrosankte Prinzip die territoriale Integrität Marokkos, d. h. die »Marokkanität« der Westsahara. Es wurde zwar immer betont, dass der seit 1976 ungelöste Westsahara-Konflikt kein Hindernis für eine Verbesserung der algerisch-marokkanischen Beziehungen oder die Revitalisierung der AMU sei, die ja schließlich 1989 zustande kam, obwohl auch damals das Westsahara-Problem existierte. Dennoch tritt das Thema Westsahara auf beiden Seiten stets dann in den Vordergrund, wenn Verärgerungen über andere Sachlagen<sup>39</sup> hinzukommen und geostrategische Interessen im Spiel sind. Für Algerien ist Marokko ein Rivale oder auch Konkurrent um die Führerschaft im Maghreb/Sahel-Sahara-Raum.<sup>40</sup> Die Wahrnehmung auf beiden Seiten ist von diesem Rivalitätsaspekt geprägt; fehlendes Vertrauen bzw. Misstrauen ist die Folge.

Die algerisch-marokkanische Beziehungsproblematik und ihre Bremswirkung für vertiefte bi- und multilaterale regionale Beziehungen ist eine anhaltende Tatsache. Eine andere Tatsache ist, dass sich die pragmatische, sachbezogene (sektorale) Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene auch 2013 zwischen allen Maghreb-Staaten fortsetzte. Den regionalen Entwicklungen geschuldet stand der Ausbau bzw. die Verbesserung der Sicherheitskooperation im Vordergrund.<sup>41</sup>

Ansatzpunkte für eine erweiterte und vertiefte Kooperation und vertrauensbildende Maßnahmen wären somit prinzipiell vorhanden. Vertiefte Kooperation speziell in nichttechnischen Bereichen

würde allerdings voraussetzen, dass bei den kooperierenden Staaten ein gewisses Maß an Kongruenz hinsichtlich der Ziele bzw. der ordnungspolitisch leitenden Ideen und Werte vorhanden ist. Das heißt, dass die ordnungspolitischen Vorstellungen und das ihnen zugrundeliegende identitäre Bezugssystem sich nicht auseinander, sondern aufeinander zu entwickeln und die Zielvorstellungen von Staat und Gesellschaft der einzelnen Maghreb-Staaten miteinander vereinbar sind.

Der algerische Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftler Abderrahmane Mebtoul, Ehrengast des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission aus Anlass der Gründung der Freundschaftsgruppe Europa-Maghreb am 24. September 2013 in Brüssel, strich in seinem Vortrag die Bedeutung einer gemeinsamen Vision für den Maghreb hervor. Eine Dynamisierung der Beziehungen zwischen den Maghreb-Staaten sei, so Mebtoul, nur dann möglich, wenn die Staatsführungen eine gemeinsame Vision über eine gemeinsame Zukunft für ihre Bevölkerungen entwickeln.<sup>42</sup> Nach den politischen Umbrüchen in Tunesien und Libyen 2011 und dem Aufschwung islamistischer Parteien und Gruppen, der innergesellschaftliche Konflikte schürte und in beiden Staaten die politische und wirtschaftliche Entwicklung blockiert, schrumpften die rudimentären Ansätze für gemeinsame Visionen erst recht. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn externe Akteure wie beispielsweise die Europäische Kommission zu mehr regionaler Kooperation aufrufen und »Pläne« vorlegen, um die regionale Kooperation der fünf Maghreb-Staaten in der AMU auf den Weg zu bringen.

Nach den politischen Veränderungen, die mit dem sogenannten Arabischen Frühling 2011 in den Maghreb-Staaten einhergingen, signalisierte die Europäische Union (EU), dass sie eine regionale Zusammenarbeit auf Maghreb-Ebene begrüßen werde und die Maghreb-Staaten bei entsprechenden Maßnahmen mit externer Unterstützung rechnen könnten.

Am 19. Dezember 2012 veröffentlichten die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine

Ashton eine gemeinsame Erklärung, in der sich die Europäische Kommission bereit erklärt, Maßnahmen zur Förderung einer engeren und tieferen »regionalen Integration« im Maghreb zu unterstützen. In der Erklärung wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die – sofern von den Maghreb-Staaten gewünscht – von Seiten der EU gefördert werden könnten. Ausmaß und Rhythmus der Integration, so die Hohe Vertreterin in der Presseerklärung vom 19. Dezember 2012, würden allerdings die Maghreb-Staaten bestimmen.<sup>43</sup> Am 27. September 2013 kam es am Rande der UN-Vollversammlung in New York zu einem ersten Treffen des EU-Kommissars für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Stefan Füle, mit den Außenministern der fünf Maghreb-Staaten. Dieser »erste informelle Dialog zwischen den Ländern der Arabischen Maghreb-Union und der EU« steht in direktem Zusammenhang mit den Förderangeboten vom Dezember 2012.<sup>44</sup>

Die Palette der Vorschläge, für die Unterstützung angeboten wird, reicht von demokratischen Reformen über Sicherheitszusammenarbeit gegen Terrorismus, von Maßnahmen zur Förderung von Arbeitsplätzen und des Privatsektors über ein transmaghrebinisches Netzwerk im Transportbereich, Zusammenarbeit im Energiesektor, Umweltbereich und Zivilschutz bis hin zur Förderung regionaler Migrationsvereinbarungen und der Grenzüberwachung. Es ist auffallend, dass die Vorschläge der EU-Kommission die reale Lage und die daraus resultierenden Blockaden seit 2011 nicht berücksichtigen:

- Das Ende 2012 verfasste Dokument bietet ungeachtet der innenpolitischen Entwicklungen in den Maghreb-Staaten und des offenen Ausgangs der machtpolitischen Auseinandersetzungen in Libyen und Tunesien ein Konvolut von Vorschlägen in zahlreichen Kooperationsfeldern an, von denen die Maghreb-Staaten auch bei stabilen innenpolitischen Verhältnissen überfordert wären. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Staaten erst recht überfordert: Tunesien und Libyen befinden sich mitten im Umbruch; Mauritien ist innenpolitisch fragil, und alle fünf sind mit einer verschärften sicherheitspolitischen Lage konfrontiert.

- Die bilateralen algerisch-marokkanischen Beziehungen werden nicht thematisiert, obwohl sie zentral sind, wenn die Kooperation unter den Maghreb-Staaten und auf Maghreb-Ebene überhaupt anlaufen soll.
- Die Erwartungen werden durch die Begriffsverwendung »Integration« (und ihre Interpretation im europäischen Sinne) zu hoch geschraubt.
- Die Europäische Kommission will die »engere Kooperation und regionale Integration« im Maghreb unterstützen. Dennoch richten sich die Vorschläge vom Dezember 2012 bereits an viel weiter reichenden Zielen aus. Sie sind mit Zielsetzungen verbunden, die sich auf die Union für das Mittelmeer, die erweiterte regionale Kooperation Maghreb-Subsaharaafrika und die EU-Afrika-Kooperation beziehen. Eine solche Verknüpfung ist problematisch.

Im Folgenden wird für einen realistischen Ansatz plädiert, der zum einen dem aktuellen politischen Kontext im Maghreb und seinen Auswirkungen auf die Kooperationsbereitschaft Rechnung trägt, und zum anderen auch berücksichtigt, was sich auf maghrebischer Seite hinter den gängigen Begriffen »Integration« und »Kooperation« oder »Union« (»Maghreb-Union«) verbirgt.

In den Medien, bei gesellschaftlichen Akteuren und im offiziellen Diskurs der Maghreb-Staaten werden zur Beschreibung der angestrebten regionalen Zusammenarbeit abwechselnd die Begriffe »Kooperation« und »Integration« verwendet. In der Namensgebung der AMU schließlich klingt die Idee der politischen Union an. Staatliche wie nichtstaatliche Gesprächspartner und das AMU-Generalsekretariat befassten sich differenziert mit den Begrifflichkeiten:

- Für die meisten müsste der Begriff »Union« (ein »Mythos«) eigentlich abgeändert werden. Das, was auf Maghreb-Ebene angestrebt werde und realistischer als die Bezeichnung AMU bzw. Maghreb-Union sei, könnte als »Maghreb-Kooperationsrat« bezeichnet werden (so z. B. die Meinung im AMU-Generalsekretariat).
- Der Begriff »Integration«,<sup>45</sup> der mit einer Abgabe nationalstaatlicher Souveränität verbunden ist, sei fehl am Platze. Es sei nicht zu erwarten,

- ten, dass sich die Haltung in Bezug auf die Abgabe nationalstaatlicher Souveränität in den nächsten Jahren in den Maghreb-Staaten ändere.
- Kooperation in klar abgegrenzten Bereichen sei die »realistischste« Option<sup>46</sup> und dies sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler maghrebischer Ebene. Im Rahmen eines klar definierten (»unpolitischen«) Bereichs wird eine intensivere Form der Kooperation, die eine Harmonisierung und Koordinierung einzelner politischer Maßnahmen (Policies) anstrebt, nicht ausgeschlossen (Abbau von Handelshemmnissen; Zollbefreiungen), aber auch diese intensivierte Form von Kooperation nicht von allen Staatsführungen vorangetrieben (z. B. Zurückhaltung diesbezüglich bei Algerien).

Die Aufhebung der politischen Blockade auf AMU-Ebene durch die Staatschefs auf einem Gipfeltreffen würde qualitativ gesehen somit Chancen zunächst zum Ausbau der sektor- und themenbezogenen Kooperation eröffnen. Die Chancen, außerhalb des wirtschaftlich-technischen Bereichs zu einer intensiveren Kooperation zu gelangen, wurden indessen als schwach bewertet. Zuerst müsste erfolgreich die sektorale und themenbezogene Kooperation im Bereich Wirtschaft über einen längeren Zeitraum, das heißt mindestens über zehn Jahre laufen, bevor weitere Schritte folgen könnten.

Regionalkooperation setzt voraus, dass gemeinsame Interessen definiert werden und die Bereitschaft zur gemeinsamen Lösungsfindung vorhanden ist. Es braucht verlässliche Regeln und Partner, die sie einhalten und durchsetzen. Kalkulierbarkeit und Vertrauen sind Voraussetzung für den Ausbau von Kooperationsbeziehungen; positiv verlaufende Kooperation verstärkt wiederum die gegenseitige Kalkulierbarkeit und das gegenseitige Vertrauen. Kalkulierbarkeit und Vertrauen sind Bedingung und Effekt.

Die Ausgangslage für Regionalkooperation im Maghreb zum Jahresende 2013 ist unter diesen Gesichtspunkten als schwierig zu bezeichnen:

- Alle fünf Maghreb-Staaten sind seit den politischen Umbrüchen 2011 stark mit sich selbst beschäftigt.

- Die unklaren Machtverhältnisse in Tunesien und Libyen und die ungewisse Richtung ihrer politischen Entwicklung, was u. a. die Staats- und Gesellschaftsordnung oder die Rolle der Religion im Staat betrifft, begünstigen in den anderen Maghreb-Staaten eine eher abwartende Haltung. Wenn es in einem der beiden genannten Umbruchstaaten zur Konsolidierung einer islamistischen Staatsführung käme, die eine entsprechende Staats- und Gesellschaftsordnung durchsetzt und eine Islamisierung der Gesellschaft im islamistischen Sinne offensiv angeht, dann wäre sowohl in Marokko als auch in Algerien beim Ausbau der regionalen Kooperation mit größter Zurückhaltung zu rechnen. Misstrauen in die Absichten des Anderen und Befürchtungen, dass eine »versteckte Agenda« zugunsten islamistischer Organisationen im Nachbarland umgesetzt wird, würden eine vertiefte Beziehung verhindern.
- Die algerisch-marokkanischen Beziehungen sind angespannt. Die Initiativen Marokkos, um Marokkos Rolle bei der Stabilisierung des Sahara-Sahel-Raumes zu konsolidieren, tragen nicht zur Entspannung bei.

So notwendig eine Maghreb-Sahara/Sahel-Dimension der Kooperation ist, eine externe (z. B. europäische) Förderung der regionalen Kooperation auf Maghreb-Ebene kann nicht gleichzeitig mit der Förderung der Maghreb-Sahara/Sahel-Beziehungen erfolgen. Vorbedingungen für eine Maghreb-Sahara/Sahel-Kooperation sind die Verbesserung der algerisch-marokkanischen Beziehungen und die Umsetzung erster politikferner Kooperationsinitiativen der Maghreb-Staaten.

Ein Engagement externer Akteure zugunsten von Regionalkooperation auf Maghreb-Ebene ist an bestimmte Grundvoraussetzungen gebunden. Ein Engagement setzt voraus, dass sich der externe Akteur bewusst ist, lediglich im »Vorfeld« tätig sein zu können. Externes Engagement kann folglich auf die Verbesserung der Kontextbedingungen abstellen, um die regionale Annäherung zu begünstigen, die zur Kooperation führen kann:

- Es muss somit auf Seiten des externen Akteurs die Bereitschaft vorhanden sein, Zeit zu

investieren und Schritt für Schritt vorzugehen. Schnelle Ergebnisse sind nicht zu erwarten, zumal es einiger Vorarbeiten bedarf, um Bedingungen zu schaffen, die zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten Algerien und Marokko die Chancen für eine Annäherung und gemeinsame Zieldefinition erhöhen.

- Er muss ferner mit einkalkulieren, dass – selbst wenn es zu einem politischen Beschluss der maghrebinischen Staatsführungen kommt, die Regionalkooperation auf- und auszubauen – regionale Kooperation für mehrere Jahre ausschließlich in nicht politisierten und normativ relativ neutralen, somit vorwiegend nur »technischen« Bereichen stattfinden und in kleinen Schritten voranschreiten wird.
- Er muss damit rechnen, dass regionale Kooperation zusätzlich zu den angespannten algerisch-marokkanischen Beziehungen durch Entwicklungen in den Umbruchstaaten Libyen und Tunesien erschwert, wenn nicht gar auf nicht absehbare Zeit unterbunden wird. Sollte der politische Wandel in einem dieser Staaten zur Konsolidierung einer islamistisch dominierten Regierung führen, die nach Innen und Außen ein islamistisches Staats- und Gesellschaftsmodell bzw. eine islamistisch geprägte Agenda verfolgt, ist der Auf- und Ausbau einer Regionalorganisation der Maghreb-Staaten unwahrscheinlich. Ein gemeinsames Ziel und erst recht eine gemeinsame Vision für die Zukunft der Region kann sich auf der Basis sehr divergierender gesellschaftlicher Organisations- und Referenzmodelle weder auf staatlicher noch zivilgesellschaftlicher Ebene entwickeln. Der Aufbau von Vertrauen zwischen den Staaten ist an einen Konsens über die Grundrichtung der Entwicklung gebunden.
- Es sollte keine »alternative« Kooperationskonstellation gefördert werden, wenn nicht von Anfang an beide Schlüsselakteure, Algerien und Marokko, einbezogen sind. Die Chancen, dass

sich der zunächst nicht beteiligte Akteur später einbinden lässt, ist angesichts des bestehenden Rivalitäts-/Konkurrenzverhältnisses zwischen beiden Staaten gering. Die Situation würde sich allerdings vollkommen anders darstellen, wenn es gelänge, ein »algerisch-marokkanisches Tandem« ins Leben zu rufen. Die Aussichten dafür sind zur Zeit aus den oben genannten Gründen allerdings gering.

Die transformationsbedingten Ungewissheiten und die sicherheitspolitischen Folgen der Machtwechsel in Libyen und Tunesien für den Maghreb und den Sahelraum werden verhindern, dass es in den nächsten fünf Jahren auf AMU-Ebene zu einem entscheidenden Durchbruch kommt.

Wohlwissend, dass der Handlungsspielraum für direktes externes Engagement zur Förderung der politischen Annäherung der Maghreb-Staaten zur Zeit gegen Null tendiert, sollten sich Deutschland und generell die europäischen Staaten engagieren, um indirekt einen Beitrag zu leisten, der die Ausgangsbedingungen für Regionalkooperation im Maghreb verbessert. Welcher Weg dazu eingeschlagen werden kann, wurde z. B. zwischen Deutschland und Frankreich oder Deutschland und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich aufgezeigt. Im Falle der Maghreb-Staaten wäre es momentan sinnvoll, mit vertrauensbildenden Maßnahmen bei der Jugend bzw. jungen Erwachsenen anzusetzen und dazu beizutragen, den Austausch von jungen Erwachsenen der Maghreb-Staaten intensiver zu fördern und ihm eine dauerhafte Basis zu geben. Ein solches Engagement zugunsten einer Kommunikation zwischen der jungen Generation in den Maghreb-Staaten liegt im langfristigen gesamteuropäischen und im euro-maghrebinischen Interesse.

PD Dr. Sigrid Faath ist Associate Fellow der DGAP (EU-Middle East Forum).

## Anmerkungen

- 1 Die Regionalorganisation Arabische Maghreb-Union (AMU) trägt nach wie vor das Adjektiv »arabisch« im Namen. In der neuen marokkanischen Verfassung von 2011 und in anderen offiziellen marokkanischen Texten wird allerdings nur noch von »Maghreb-Union« gesprochen, seit in Marokko die Sprachpluralität verfassungsmäßig verankert ist und Berberisch als zweite nationale Sprache anerkannt ist. Der marokkanische Sprachgebrauch spiegelt den Wunsch von berberophonen und anderen für kulturellen Pluralismus eintretenden Bevölkerungsgruppen und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in den Maghreb-Staaten wider, eine neutralere Sprachregelung zu finden. Da bislang keine offizielle Umbenennung der AMU erfolgte, wird im Text das Kürzel AMU beibehalten.
- 2 Vgl. Regional stability will boost security in Libya, in: Libya Herald, 20.9.2013, <<http://www.libyaherald.com/2013/09/20/regional-stability-will-boost-security-in-libya/#axzz2g03NakEX>>.
- 3 Vgl. Maghreb Emergent, Pour le patronat algérien, le rapprochement économique des pays du Maghreb est une illusion, in: Maghreb Emergent, 22.5.2013, <<http://www.maghrebemergent.info/component/k2/item/24440-pour-reda-hamiani-le-rapprochement-economique-des-pays-du-maghreb-est-une-illusion.html>>.
- 4 Vgl. Mohamed al-Ashab, New obstacles for the Maghreb structure, in: Al-Hayat, 3.9.2013, <<http://alhayat.com/home/Print/501550?PrintPictures=0>>.
- 5 EU-Kommissar Stefan Füle hat die EU-Positionen beim Treffen mit dem amtierenden Generalsekretär der AMU, Habib Ben Yahia, am 16. Juli 2013 erneut bekräftigt; vgl. Statement by Commissioner Stefan Füle, MEMO/13/691, 16.7.2013, <[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-691\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-691_en.htm)>.
- 6 Die algerische Staatsführung vermittelte z. B. im libysch-tunesischen Konflikt nach Ausweisung tunesischer Arbeiter aus Libyen 1986 und im libysch-tscharischen Konflikt 1987.
- 7 Abdruck des Gründungsvertrags in: Nahost-Jahrbuch 1989, Opladen 1990, S. 218.
- 8 Vgl. Hanspeter Mattes, Die Arabische Maghreb-Union – vom Gründungsakt zur sektoriellen Dynamik, in: Nahost-Jahrbuch 1989, Opladen 1990, S. 208–213. Zu den Aktivitäten der Folgejahre bis einschließlich 2004 vgl. in den nachfolgenden Jahrbüchern jeweils den Abschnitt »Arabische Maghreb-Union«.
- 9 Laut Gründungsvertrag sind alle sechs Monate Präsidialratstreffen vorgesehen; die Beschlussfassung muss einstimmig erfolgen.
- 10 Yahia H. Zoubir, Tipping the balance towards intra-Maghreb unity in light of the Arab Spring, in: The International Spectator (Rom) 3/2012, S. 84–99, hier: S. 97, Anm. 62.
- 11 Vgl. L'intégration régionale augmenterait la résilience des pays maghrébins face aux chocs internes et externes, in: Xinhuanet, 13.7.2012, <<http://www.afriquinfos.com/articles/2012/7/12/lintegration-regionale-augmenterait-resilience-pays-maghrebines-face-aux-chocs-internes-externes-206280.as>>.
- 12 Die Bevorzugung bilateraler Kooperation zeigte sich z. B. im intramaghrebischen Kontext, wo stets trotz Verstimmungen die Türen für eine Revitalisierung der bilateralen Beziehungen offen gehalten wurden. Diese Tendenz zeigte sich auch im Rahmen der Euromediterranean Kooperation und der Europäischen Nachbarschaftspolitik.
- 13 Vgl. Jean-François Coustillière (Hrsg.), Le 5+5 face aux défis du réveil arabe, Paris 2012.
- 14 Vgl. Banque Africaine de Développement, Libérer le potentiel de l'Afrique du Nord grâce à l'intégration régionale – Défis et opportunités, Tunis, 8.5.2012, <<http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Project-and-Operations/Unlocking%20North%20Africa%20RI%20FR%20Final.pdf>>.
- 15 Vgl. Banque Africaine de Développement, Tunisie: Défis économiques et sociaux post-révolution, Tunis, 5.9.2012, <<http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/Tunisie%20Défis%20Économiques%20et%20Sociaux.pdf>>.
- 16 Vgl. World Bank, Trade offers path to growth and integration: Maghreb countries committed to increasing regional trade, 14.6.2012, <<http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2012/06/14/trade-offers-path-to-growth-and-integration>>.
- 17 Vgl. European Commission, Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Supporting closer cooperation and regional integration in the Maghreb: Algeria, Libya, Mauritania, Morocco and Tunisia, Brüssel, Dezember 2012, <[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/fule/docs/news/en\\_act\\_part1.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/docs/news/en_act_part1.pdf)>.
- 18 Die erste Auslandsreise des am 3.1.2012 neu eingesetzten marokkanischen Außenministers Saadeddine Othmani hatte diesen bereits am 23./24.1.2012 nach Algerien geführt. In seiner Thronrede vom 17.6.2012 sprach König Mohammed explizit die Maghreb-Dimension Marokkos an.
- 19 Die Banque Maghrébine d'Investissement et du Commerce Extérieur (BMICE) soll jetzt ein Zeichen setzen und die Wirtschaftszusammenarbeit fördern. Im Juni 2013 waren die Beitragszahlungen von Algerien, Libyen und Tunesien bereits eingegangen. Marokko und Mauretanien hatten ihre Beiträge auf dem Treffen der AMU-Finanzminister in Marrakesch 27.5.–1.6.2013 zugesagt. Die BMICE soll vor allem Klein- und Mittelbetriebe unterstützen. Vgl. La nouvelle BMICE maghrébine siégera à Tunis, in: Binaa news,

- 2.6.2013, <<http://www.binaanews.net/fr/news18071.htm>>.
- 20 Begründer des Rates waren aus Tunesien der Arbeitgeberverband UTICA, aus Algerien das Forum des Chefs d'Entreprises (FCE), aus Marokko der Arbeitgeberverband CGEM, aus Mauretanien die Handelskammer und aus Libyen die General Union of Chambers of Commerce, Industry and Agriculture. Vgl. Déclaration de Tunis, 2 juillet 2013, in: La Presse de Tunisie, 2.7.2013, <<http://www.lapresse.tn/24072013/70354/declaration-de-tunis-2-juillet-2013.html>>.
- 21 Vgl. Une autre réunion sur l'intégration maghrébine, in: Leaders, 11.10.2013, <<http://www.leaders.com.tn/article/une-autre-reunion-sur-l-integration-maghrébine?id=12414>>.
- 22 Marzouki verdankt seinen Posten der Zustimmung der dominanten islamistischen Regierungspartei Ennahda.
- 23 Diese Wahrnehmung teilten u. a. einige wissenschaftliche Analysten in Tunesien und Gesprächspartner aus der Administration mit politischer Erfahrung.
- 24 Die algerische Staatsführung weigerte sich, die Reziprozitätsregel anzuwenden, und hielt diesen Schritt für verfrüht. Die algerische Führung plädierte für mehr Zeit, um ein Gipfeltreffen durch einen vorausgehenden Abstimmungsprozess mit den Partnern vorzubereiten, damit er auch ein Erfolg werden könne, so der Sprecher der algerischen Präsidentschaft, Adnan Manser; vgl. Prochain sommet maghrébin reporté?, in: Leaders, 23.7.2012, <<http://www.leaders.com.tn/article/le-prochain-sommet-maghrébin-reporte?id=8950>>.
- 25 Vgl. Laurence Aida Ammour, Security issues emerging in the Maghreb and the Sahel after the Arab Spring, in: IEMed Mediterranean Yearbook 2012, Barcelona 2012, S. 128–131; vgl. Yahia H. Zoubir/Louisa Dris-Aït-Hamadouche, Global Security Watch, The Maghreb, Santa Barbara, CA 2013, S. 69–131 (Part II: Maghreb Common Security: Regional Dilemmas).
- 26 Die Entwicklungen im Sahel werden am Institut Royal des Études Stratégiques (IRES) in Rabat genauestens verfolgt und mögliche negative Auswirkungen auf die Stabilität und Sicherheit der Maghreb-Staaten diskutiert.
- 27 Bereits im April 2010 vereinbarten Algerien, Mali, Mauretanien und Niger zur gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus eine militärische Kooperation im Sahel (Gründung des CEMOC/Comité d'Etat-Major Opérationnel Conjoint; Joint Military Command in Tamanrasset), in deren Rahmen Algerien z. B. Ausbildung, Übung und logistische Hilfe bereitstellte. Die Verschlechterung der Sicherheitslage führte am 12.1.2013 zu einem algerisch-libysch-tunesischen Treffen der Regierungschefs im libyschen Ghadamis, um über Fragen der Grenzsicherheit und Sicherheitskooperation zu beraten. Die tunesische Regierung – bereit zur Kooperation mit allen Maghreb- und Sahel-Staaten – forderte nach dem Anschlag einer islamistischen Gruppe auf eine algerische Erdgasanlage bei In Amenas am 16.1.2013 in einer Erklärung u. a. die »Staaten des afrikanischen Sahel und die Gruppe der Staaten des arabischen Maghreb« dazu auf, ihre Kräfte zu bündeln und ihre Sicherheitspolitiken zu harmonisieren; mit anderen Worten: die tunesische Regierung plädierte für eine Einbeziehung Marokkos. Vgl. Tunis comprend la décision malienne pour faire face aux groupes armés, in: Leaders, 17.1.2013, <<http://www.leaders.com.tn/article/tunis-comprend-la-decision-malienne-pour-faire-face-aux-groupes-armes?id=10497>>.
- 28 Dies bezieht sich auf die kollektive Erinnerung an die sozialen Proteste vom Oktober 1988 mit ihren weitreichenden Folgen: politischer Aufstieg der Islamisten; Wahlabbruch; Gewaltkonflikt; anhaltende Aktivitäten islamistischer terroristischer Gruppen seit 1992.
- 29 Vgl. Zoubir (2012), a. a. O. (Anm. 10), S. 97, Anm. 62.
- 30 Der algerische Außenminister betonte am 8.1.2013 gegenüber algerischen Parlamentariern, Algerien habe keine Probleme mit Marokko, auch keine Probleme in Bezug auf die Landesgrenze. Das Thema Grenzöffnung sprach er indessen nicht an, obwohl sich die Appelle der Zivilgesellschaft auf marokkanischer und algerischer Seite 2012 verstärkt hatten. Vgl. L'Algérie réfute tout conflit frontalier avec le Maroc, in: Magharebia, 11.1.2013, <<http://magharebia.com/fr/articles/awi/features/2013/01/11/feature-02>>.
- 31 So die Interpretation algerischer Politikwissenschaftler im persönlichen Gespräch im November/Dezember 2012 und im September 2013.
- 32 Die »Marokkanität« der Westsahara und damit die Sahel-Dimension Marokkos kommt u. a. in Artikel 5 der Verfassung zum Ausdruck, wo es heißt, der Staat werde sich für den Erhalt der Hassani-Sprache (Hassaniya-Arabisch) einsetzen; Hassaniya-Arabisch, in der Westsahara, Mauretanien und bei einigen Stämmen der angrenzenden Staaten verbreitet, wird in der Verfassung von 2011 als »integraler Bestandteil der kulturellen Identität des geeinten Marokko« bezeichnet.
- 33 Es heißt explizit Maghreb-Union und nicht Arabische Maghreb-Union wie im Gründungsvertrag der AMU von 1989. Die marokkanische Abänderung der Bezeichnung geht konform mit der verfassungsmäßigen Aufwertung der Amazighité (berberischen Sprache und Kultur) und der Aufwertung des Berberischen (»l'Amazighe«) zur zweiten offiziellen Sprache des Landes 2011 (vgl. Verfassungsartikel 5, <[http://www.sgg.gov.ma/constitution\\_2011\\_Fr.pdf](http://www.sgg.gov.ma/constitution_2011_Fr.pdf)>).
- 34 Vgl. La Cen-Sad est morte, vive la Cen-Sad, in: Jeune Afrique, 10.3.2013; Un sommet des pays du Sahel-Sahara appelle à soutenir le Mali, in: Magharebia, 18.2.2013, <<http://magharebia.com/fr/articles/awi/features/2013/02/18/feature-03>>.
- 35 Gemäß dem am 1.7.2013 vorgelegten tunesischen Verfassungsentwurf (Artikel 76) soll der Präsident die allgemeinen Richtlinien der Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik festlegen. In einem früheren Entwurf vom Dezember 2012 waren zwei Vorschläge zur Diskus-

- sion gestellt worden. Gemäß dem einen Vorschlag sollten der Präsident und der Premierminister in »gemeinsamer Beratung und Abstimmung« die Außenpolitik des Staates festlegen. Gemäß dem zweiten Vorschlag sollte der Präsident die »Meinung der Mehrheit der Mitglieder des zuständigen parlamentarischen Komitees« einholen und danach die Außenpolitik des Staates festlegen. Zum Verfassungsentwurf vom Juli 2013 vgl. Europäischer Rat, Venice Commission, Rubrik: Tunesien mit den entsprechenden Dokumenten im arabischen Original und in englischer und französischer Übersetzung <<http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?opinion=733&year=all>>. Noch ist in Tunesien die Debatte um die Inhalte der Verfassung in vollem Gange, und die Verabschiedung einer neuen Verfassung ist nicht absehbar. In Libyen steht die Verfassungsgebung ebenfalls noch aus. Derzeit liegen außenpolitische Entscheidungen in den Händen des im Juli 2012 gewählten Nationalkongresses bzw. in den Händen des Präsidenten des Nationalkongresses und des Premierministers.
- 36 Vgl. z. B. zur Konferenz des 2011 gegründeten Maghreb Economic Forum (Sitz Tunis; Präsident Kamel Lazaar, Banker, Vorsitzender der von ihm 1987 gegründeten Swicorp Company) vom 31.1.–1.2.2013 zum Thema »Le Maghreb: un moteur pour la création d'emplois?« die Webseite des Forums <<http://magef.org>>.
- 37 Vgl. hierzu die Diskussionsrunde der Konferenz des Maghreb Economic Forum 31.1.–1.2.2013 unter <<http://www.magef.org/pdf/table-ronde-janv-fev2013.pdf>>.
- 38 Für Algerien sind die Gründe, die 1994 zur Grenzschiebung führten, noch wirksam. Aber, so gab der neue algerische Außenminister Ramtane Lamamra am 8.10.2013 zu verstehen, es sollte eine neue Dynamik entfaltet werden, um die zugrundeliegenden Probleme zu lösen. Die Beziehungen, so der Außenminister, seien nicht »normal«, aber auch nicht »extrem angespannt«. Sie hätten vielmehr Potenzial zur Verbesserung. Vgl. Lamamra: les relations entre l'Algérie et le Maroc ne sont pas « normales », in: Tout sur l'Algérie, 8.10.2013, <<http://www.tsa-algerie.com/actualite/item/2241-lamamra-les-relations-entre-l-algerie-et-le-maroc-ne-sont-pas-normales>>.
- 39 Wie 2012, als trotz der sicherheitspolitischen Auswirkungen der Mali-Krise auch auf Marokko sich die politische Führung Algeriens weiterhin nicht bereit erklärte, Marokko in Sicherheitsstrukturen/-gespräche mit den Sahel-Staaten einzubeziehen. Das angeführte Argument lautete, Marokko sei kein Sahel-Staat.
- 40 Der marokkanische Außenminister bekräftigte auf der 68. UN-Generalversammlung am 30.9.2013 die marokkanische Bereitschaft, eine bedeutende Rolle bei der Stabilisierung der Sahel-Region zu übernehmen. Vgl. Le Maroc s'engage à jouer un rôle important dans la stabilité au Sahel, <<http://www.un.org/apps/news/fr/storyF.asp?NewsID=31219#.Ul6X-hZCd8>>.
- 41 Um ein Beispiel der jüngsten Zeit zu nennen: Der libysche Premierminister, Ali Zaidan, führte Anfang Oktober 2013 Gespräche in Marokko und Tunesien, um die Kooperation im Kampf gegen Terrorismus und zur Stabilisierung der Sahel-Staaten zu stärken. Vgl. Security tops agenda in Zeidan talks in Tunisia, in: Libya Herald, 9.10.2013, <<http://www.libyaherald.com/2013/10/09/security-tops-agenda-in-zeidan-talks-in-tunisia/#axzz2htaThsbg>>.
- 42 Grand Maghreb, perspectives de la construction, face aux enjeux géostratégiques, in: Les Afriques, 25.9.2013, <<http://www.lesafriques.com/actualite/grand-maghreb-perspectives-de-la-construction-face-aux-enjeux-geostrateg.html?Itemid=89?articleid=39204>>.
- 43 Vgl. zum Dokument die bibliografischen Angaben in Anm. 17.
- 44 Vgl. European Commission, Memo, EU-Maghreb: First ministerial dialogue on closer regional cooperation, MEMO/13/831, Brüssel, 27.9.2013, <[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-831\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-831_en.htm)>.
- 45 Mit dem Begriff »Integration« wurde in der Regel gemeint: freier Waren- und Güterverkehr, Freizügigkeit für Personen und Kapital bzw. Erleichterungen für unternehmerische Aktivitäten.
- 46 Diese Kooperationsphase wurde auf mindestens zehn Jahre geschätzt.





